



①9 BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND



DEUTSCHES
PATENT- UND
MARKENAMT

⑫ **Offenlegungsschrift**
⑩ **DE 198 31 262 A 1**

⑤ Int. Cl.⁷:
G 08 G 1/16
B 60 K 31/00
B 60 K 26/00
B 60 K 28/10
B 60 T 7/12

⑳ Aktenzeichen: 198 31 262.8
㉔ Anmeldetag: 11. 7. 1998
㉕ Offenlegungstag: 13. 1. 2000

DE 198 31 262 A 1

㉑ Anmelder:
WABCO GmbH, 30453 Hannover, DE

㉒ Erfinder:
Pietsch, Frank, 30952 Ronnenberg, DE; Neuhaus,
Detlef, 30519 Hannover, DE

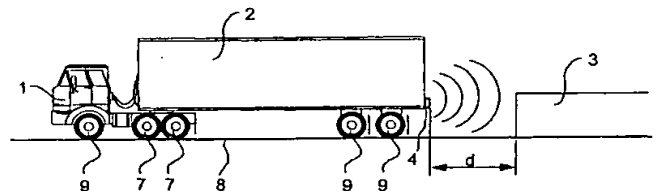
⑤⑥ Entgegenhaltungen:
DE 196 07 788 A1
DE 44 04 527 A1
DE 31 21 684 A1
EP 06 02 353 A1

Die folgenden Angaben sind den vom Anmelder eingereichten Unterlagen entnommen

Prüfungsantrag gem. § 44 PatG ist gestellt

⑤④ Verfahren und Einrichtung zur Unterstützung des Fahrers eines Fahrzeuges bei Rückwärtsfahrt

⑤⑦ Wenn ein Fahrzeug, insbesondere ein aus Zugmaschine und Anhänger bzw. Auflieger bestehender Fahrzeugzug, rückwärts an ein Hindernis heranfährt, besteht die Gefahr, daß infolge von Fehleinschätzungen oder unangepaßter Fahrweise ein Aufprall des Fahrzeuges auf das Hindernis auftritt, was zu Beschädigungen an dem Fahrzeug oder dem Hindernis führen kann. Insbesondere beim Heranfahren an eine Laderampe tritt dieses Problem relativ häufig auf. Es wird ein Verfahren und eine Einrichtung zur Unterstützung des Fahrers des Fahrzeuges bei Rückwärtsfahrt angegeben, durch das automatisch unabhängig von dem Verhalten des Fahrers eine Beschädigung infolge eines Aufpralls vermieden wird. Hierfür ist an dem Fahrzeug heckseitig ein Abstandssensor angeordnet, welcher den Abstand zu einem Hindernis an ein elektronisches Steuergerät übermittelt. Das elektronische Steuergerät wertet den vom Abstandssensor ermittelten Abstandswert aus und paßt bei Rückwärtsfahrt die Geschwindigkeit des Fahrzeuges entsprechend einem vorgegebenen Algorithmus derart an, daß die Annäherung an das Hindernis beschädigungsfrei erfolgt. Hierfür beeinflußt das Steuergerät die Bremsanlage des Fahrzeuges und gegebenenfalls den Antriebsmotor in geeigneter Weise.



DE 198 31 262 A 1

Die Erfindung betrifft ein Verfahren sowie eine Einrichtung zur Unterstützung des Fahrers eines Fahrzeuges bei Rückwärtsfahrt gemäß den Oberbegriffen der Patentansprüche 1 und 9.

Ein gattungsgemäße Einrichtung ist aus der DE 44 04 527 A1 bekannt.

Bei Fahrzeugen, insbesondere bei Lastkraftwagen und Anhängern bzw. Aufliegern, besteht häufig die Notwendigkeit, rückwärts an ein Hindernis heranzufahren, z. B. beim Einparken oder beim Heranfahen an eine Laderampe. Hierbei ist es oftmals erwünscht, daß eine möglichst dichte Annäherung an das Hindernis möglich ist, ohne daß eine Beschädigung infolge eines Aufpralls auf das Hindernis auftritt. Im Falle eines Lastkraftwagens, der rückwärts an eine Laderampe heranfährt, kann es zudem erwünscht sein, daß eine Berührung zwischen der Ladefläche des Lastkraftwagens und der Laderampe eintritt, wobei ebenfalls Beschädigungen an dem Lastkraftwagen und der Laderampe vermieden werden sollen.

Bei der bekannten Einrichtung ist ein Abstandssensor vorgesehen, der den Abstand des Fahrzeughecks zu einem Hindernis ermittelt. Des weiteren ist eine im Blickfeld des Fahrers angeordnete Anzeigeeinrichtung vorgesehen, die die von dem Abstandssensor ermittelten Abstandswerte anzeigt. Hierdurch kann der Fahrer beim Rückwärtsfahren den Abstand zu dem Hindernis ablesen.

Bei der bekannten Einrichtung liegt es im Ermessen des Fahrers, eine geeignete Geschwindigkeit beim Heranfahen an das Hindernis zu wählen bzw. zu einem geeigneten Zeitpunkt das Fahrzeug abzubremesen oder zum Stillstand zu bringen. Hierbei kann es vorkommen, daß durch eine Fehleinschätzung des Fahrers ein relativ heftiger Aufprall des Fahrzeuges auf das Hindernis auftritt, was Beschädigungen an dem Fahrzeug oder dem Hindernis zur Folge haben kann.

Der Erfindung liegt daher die Aufgabe zugrunde, ein Verfahren und eine Einrichtung zur Unterstützung des Fahrers eines Fahrzeuges bei Rückwärtsfahrt anzugeben, wobei eine Beschädigung an dem Fahrzeug oder dem Hindernis sicher verhindert wird.

Diese Aufgabe wird durch die in den Patentansprüchen 1 und 9 angegebenen Ausführungsformen der Erfindung gelöst. In den Unteransprüchen sind vorteilhafte Weiterbildungen der Erfindung angegeben.

Die Erfindung hat den Vorteil, daß das Fahrzeug unabhängig von dem Verhalten des Fahrers entweder kurz vor dem Hindernis oder bei geringfügiger Berührung des Hindernisses automatisch zum Stillstand gebracht wird. Hierbei ist der Fahrer davon entlastet, auf einer Anzeigeeinrichtung dargestellte Abstandswerte zu beobachten und korrekt auszuwerten, und kann sich somit besser auf die Betätigung der übrigen Bedienelemente des Fahrzeuges konzentrieren. Dies erleichtert dem Fahrer das Heranfahen an ein Hindernis bei Rückwärtsfahrt erheblich, und es werden außerdem Schäden und daraus entstehende Reparaturkosten vermieden.

Ein weiterer Vorteil der Erfindung ist, daß das Fahrzeug auch von einem ungeübten Fahrer ohne spezielle Einweisung sicher bedient werden kann, da die Abbremsung des Fahrzeuges aus einer beliebigen, auch unangemessen hohen Geschwindigkeit vollautomatisch vorgenommen wird.

Zur Ermittlung der Fahrzeuggeschwindigkeit können in vorteilhafter Weise beliebige, in dem Fahrzeug bereits vorhandene Sensoren zur Ermittlung einer Geschwindigkeitsinformation verwendet werden. So können beispielsweise Signale von Sensoren eines Antiblockiersystems, welche die Drehgeschwindigkeiten einzelner Räder ermitteln, oder ein Geschwindigkeitssignal des Tachometers verwendet wer-

den.

In einer vorteilhaften Weiterbildung der Erfindung wird die Geschwindigkeit des Fahrzeuges aus der zeitlichen Änderung des Abstandssignals bestimmt, z. B. durch numerische Differentiation. Hierdurch ist das Verfahren auch bei Fahrzeugen ohne eigene Geschwindigkeitssensoren kostengünstig anwendbar. Bei Heranziehung zusätzlicher Geschwindigkeitssignale von Geschwindigkeitssensoren der zuvor erwähnten Art kann eine Plausibilitätskontrolle dieser Signale durch Vergleich durchgeführt werden, wodurch ein Fehlsprechen des erfindungsgemäßen Verfahrens zuverlässig vermieden werden kann.

Eine vorteilhafte Ausführungsform der Erfindung ist als Einrichtung ausgebildet, welche neben einem Abstandssensor und einer Auswerteeinrichtung für die Signale des Abstandssensors noch Mittel zur Beeinflussung der Geschwindigkeit des Fahrzeuges aufweist. Derartige Mittel können eine elektrische oder elektronische Steuerung des Fahrzeugmotors und/oder der Fahrzeugbremsanlage umfassen. Insbesondere bei aus Zugmaschine und Anhänger bzw. Auflieger bestehendem Fahrzeugzug weisen die Mittel zur Beeinflussung der Geschwindigkeit des Fahrzeuges in vorteilhafter Weise noch eine Datenschnittstelle zwischen dem Zugfahrzeug und dem Anhänger bzw. Auflieger zur Übermittlung von Steuerdaten für den Antriebsmotor und/oder die Bremsanlage auf.

Die Erfindung wird im folgenden anhand eines Ausführungsbeispiels unter Zuhilfenahme von Zeichnungen näher erläutert.

Es zeigen

Fig. 1 einen sich bei Rückwärtsfahrt einer Laderampe nähernden Fahrzeugzug in schematischer Darstellung und

Fig. 2 eine Detailansicht eines Rammpuffers mit darin befindlichem Abstandssensor und

Fig. 3 eine heckseitige Ansicht des Fahrzeugzuges gemäß Fig. 1 als perspektivische Darstellung und

Fig. 4 die die Erfindung betreffenden Komponenten des Fahrzeugzuges in schematischer Darstellung.

Es werden in den Figuren gleiche Bezugszeichen für einander entsprechende Teile und Signale verwendet.

In der Fig. 1 ist ein Fahrzeug am Beispiel eines Fahrzeugzuges an sich bekannter Bauart mit einer Sattelzugmaschine (1) und einem an die Sattelzugmaschine angekoppelten Auflieger (2) dargestellt.

Die Sattelzugmaschine (1) weist einen Antriebsmotor auf, dessen Antriebskraft über ein von dem Fahrer des Fahrzeuges betätigbares Getriebe an die Antriebsräder (7) der Sattelzugmaschine (1) und somit an die Fahrbahn (8) abgegeben wird. Antriebsmotor und Getriebe sind ebenfalls von bekannter Bauart und daher in der Fig. 1 nicht dargestellt.

Des weiteren weist sowohl die Sattelzugmaschine (1) als auch der Auflieger (2) jeweils eine Bremsanlage auf, mittels der in Abhängigkeit von der Betätigung eines in der Sattelzugmaschine (1) angeordneten Bremspedals bei Betätigung durch den Fahrer eine Bremskraft auf die Räder (7, 9) der Sattelzugmaschine (1) und des Aufliegers (2) ausgeübt werden kann.

In einer bevorzugten Ausführungsform sind sowohl der Antriebsmotor als auch die Bremsanlagen von Sattelzugmaschine und Auflieger mittels elektrischer Signale steuerbar. Derartige Bremsanlagen bezeichnet man üblicherweise als elektrisch steuerbare Bremssysteme oder kurz EBS, wie beispielsweise aus der EP 0 602 353 A1 bekannt. Zur Steuerung der Bremsanlage ist dann mindestens ein elektronisches Steuergerät vorgesehen, welches Bremsanforderungssignale von einem von dem Fahrer mittels des Bremspedals betätigbaren Bremswertgeber empfängt und hieraus Bremsbetätigungssignale bestimmt, die an die an den Rädern (7, 9)

angeordneten Bremseinrichtungen abgegeben werden.

Des weiteren ist ein Sensor (11) zur Ermittlung eines Geschwindigkeitssignals (V) vorgesehen, wie in der Fig. 4 schematisch dargestellt. Es ist möglich, hierfür den Tachometer des Fahrzeuges zu verwenden. In einer bevorzugten Ausführungsform wird ein in der Nähe eines Fahrzeugrades angeordneter Sensor zur Ermittlung der Drehgeschwindigkeit des Rades, wie von Antiblockiersystemen her bekannt ist, verwendet. Dies hat den Vorteil, daß aus dem Geschwindigkeitssignal (V) die Fahrzeuggeschwindigkeit sehr zuverlässig und mit einer hohen Genauigkeit ermittelt werden kann.

Das Fahrzeug gemäß Fig. 1 weist des weiteren zwei am Heck des Aufliegers (2) angeordnete Rammpuffer (4) auf, die jeweils an der linken und der rechten Fahrzeugseite unter der Ladeflächenkante angeordnet sind. Die Anordnung der Rammpuffer (4) ist zusätzlich in der Fig. 3 dargestellt. Die Rammpuffer (4) sind vorzugsweise aus einem elastischen Material, z. B. Gummi, hergestellt und dienen dazu, das Fahrzeug bei Rückwärtsfahrt vor Beschädigungen infolge des Aufpralls auf ein Hindernis (3), z. B. eine Laderampe, zu schützen.

Zusätzlich zu den bisher beschriebenen, bei Fahrzeugzügen allgemein üblichen Merkmalen sind bei dem Fahrzeugzug gemäß Fig. 1 noch zwei jeweils in den Rammpuffern (4) angeordnete Abstandssensoren vorgesehen, die zur Vermeidung von Beschädigungen nicht aus den Rammpuffern (4) hinausragen. Die Anordnung eines Abstandssensors (6) in einem Rammpuffer (4) ist in der Fig. 2 näher dargestellt. Der Rammpuffer (4) weist eine Ausnehmung (5) auf, die nach Art eines Trichters, der in Rückwärtsfahrtrichtung des Fahrzeuges gerichtet ist, ausgebildet ist. Innerhalb dieser Ausnehmung (5) ist der Abstandssensor (6) angeordnet, der vorzugsweise als Ultraschallsensor ausgebildet ist. Dies bedeutet, daß der Abstandssensor (6) z. B. auf Anforderung von einem Steuergerät ein Schallsignal aussendet und bei Empfang von Reflexionen dieses Schallsignals ein Rückmeldesignal an das Steuergerät abgibt. Aus der zeitlichen Differenz zwischen der Anforderung einer Schallabgabe und dem Rückmeldesignal kann in bekannter Weise auf den Abstand (d) zwischen dem Abstandssensor und dem Hindernis (3) geschlossen werden.

In einer bevorzugten Ausführungsform der Erfindung sind in dem Abstandssensor elektronische Schaltungsmittel enthalten, mittels derer in einfacher Weise auswertbare digitale Signale erzeugt werden.

Die Ausnehmung (5) weist vorzugsweise eine Kontur auf, durch die der ausgesendete Schall des Abstandssensors (6) gebündelt wird, z. B. eine parabolische oder elliptische Kontur.

Die für die Erfindung relevanten Teile des Fahrzeuges gemäß den Fig. 1 und 2 sind in der Fig. 4 als Blockschaltbild dargestellt. Zur Vereinfachung sind von den im Bereich der Räder angeordneten Komponenten der Bremsanlage des gesamten Fahrzeugzuges nur die einem Rad zugeordneten Komponenten (11, 13, 15) dargestellt. In der Praxis sind mehreren bzw. allen Rädern jeweils eigene Komponenten der dargestellten Art zugeordnet. Ebenfalls zur Vereinfachung ist nur einer der beiden Abstandssensoren (6) dargestellt.

Ein elektronisches Steuergerät (10) ist in bekannter Weise mit einem Mikroprozessor ausgestattet, der ein verschiedene Steuer- und Regelalgorithmen aufweisendes Steuerprogramm ausführt. Hierfür werden in dem Steuergerät (10) verschiedene Eingangssignale (A, V, Z, R) ausgewertet und daraus Betätigungssignale (M, B) für den Antriebsmotor (17) oder die Bremsanlage des Fahrzeuges bestimmt. Die Bremsanlage ist in der Fig. 4 symbolisch durch eine Rad-

bremse (15) und einen der Radbremse zugeordneten Bremsaktuator (13) dargestellt.

Die Radbremse (15) ist in üblicher Weise als Trommel- oder Scheibenbremse ausgebildet, die über ein Bremsgestänge von dem Bremsaktuator (13) mechanisch betätigt wird. Der Bremsaktuator (13) kann als elektrisch wirkender Aktuator, z. B. ein Elektromotor, oder als ein mit einem Druckmittel, z. B. Druckluft, beaufschlagbarer Stellzylinder in Verbindung mit einem elektrisch betätigbaren Ventil ausgebildet sein. Im letzteren Fall weist das Fahrzeug noch eine Druckmittelversorgungsanlage bekannter Bauart, z. B. mit einem Kompressor, auf.

Das Steuergerät (10) führt verschiedene Steuer- und Regelalgorithmen aus. Einer dieser Algorithmen besteht darin, daß in Abhängigkeit von einem Bremsanforderungssignal (Z), welches von einem von dem Fahrer mittels eines Bremspedals (12) zu betätigenden Bremswertgeber (14) abgegeben wird, das Bremsbetätigungssignal (B), z. B. mit dem Ziel eines geringen Bremsbelagverschleißes oder eines kurzen Bremsweges bestimmt wird. Das Bremsbetätigungssignal (B) wird dann dem Bremsaktuator (13) zugeführt.

In einer Erweiterung weist das Steuergerät (10) einen weiteren Algorithmus zur Ausführung des erfindungsgemäßen Verfahrens zur Unterstützung des Fahrers bei Rückwärtsfahrt auf. Hierzu werden in dem Steuergerät (10) ein Abstandssignal (A), welches den Abstand (d) des Fahrzeughecks zu dem Hindernis (3) repräsentiert und somit eine Funktion des Abstands darstellt ($A = f(d)$), sowie ein Rückwärtsfahrtsignal (R) von dem Getriebe (16) aus. Das Rückwärtsfahrtsignal (R) wird z. B. dann erzeugt, wenn der Fahrer einen Rückwärtsgang einlegt. In Abhängigkeit von diesen Eingangssignalen erzeugt das Steuergerät (10) die Betätigungssignale (M, B) derart, daß in Abhängigkeit von dem Abstandssignal (A) die Geschwindigkeit des Fahrzeuges automatisch beeinflußt wird.

Wenn nun ein Fahrer sein Fahrzeug rückwärts an eine Laderampe heranfahren möchte, so wird er einen Rückwärtsgang einlegen und dann mit mehr oder weniger hoher Geschwindigkeit rückwärts an die Laderampe heranfahren. Bei einem Fahrzeug der in der Fig. 1 dargestellten Art, nämlich einem Fahrzeugzug aus Sattelzugmaschine und Auflieger, ist die Aufmerksamkeit des Fahrers hierbei zu einem großen Teil darauf gerichtet, den Fahrzeugzug gerade zu halten, d. h. ein Einknicken zwischen Sattelzugmaschine und Auflieger zu vermeiden. Hierfür wird der Fahrer zumeist in Richtung des Fahrzeughecks schauen, entweder direkt oder durch Verwendung der Rückspiegel. Insbesondere bei langen Lastzügen kann der Fahrer bei Annäherung an die Laderampe den verbleibenden Abstand nur schwer einschätzen.

Durch Anwendung der Erfindung wird der Fahrer jedoch in der folgend beschriebenen Weise unterstützt:

Nach Erkennung des Einlegens des Rückwärtsgangs durch Auswertung des Signals (R) überwacht das Steuergerät (10) das Abstandssignal (A) fortlaufend.

Hierfür gibt das Steuergerät (10) eine Anforderung zum Aussenden eines Schallsignals an einen Abstandssensor (6) aus und empfängt von dem Abstandssensor (6) eine Information über das Eintreffen einer Schallreflektion. Aus der zeitlichen Differenz (Δt) zwischen dem Zeitpunkt des Absendens der Schallwelle und dem Zeitpunkt des Empfangs einer Schallreflektion ermittelt das Steuergerät (10) ein Abstandssignal (A'), das den Abstand (d) repräsentiert, z. B. gemäß der Beziehung

$$A' = K \cdot \Delta t$$

wobei K eine Konstante ist, z. B. $K = 333 \text{ m/s}$, wenn A' in der Einheit m (Meter) und Δt in der Einheit s (Sekunde) an-

gegeben werden.

Zusätzlich kann in Erweiterung der vorstehend beschriebenen grundsätzlichen Verfahrensweise zur Bestimmung des Abstandssignals (A') noch eine Temperaturkompensation vorgesehen sein.

Die vorstehend beschriebene Verfahrensweise wird für jeden der Abstandssensoren (6) ausgeführt. Als resultierendes Abstandssignal (A) wird dann fortlaufend der jeweils kleinere Wert der Einzelsignale (A') der beiden Abstandssensoren verwendet.

Sodann wird das Abstandssignal (A) in dem Steuergerät (10) bezüglich seiner Werte klassifiziert. Der Wertebereich des Abstandssignals (A) ist hierfür in drei Zonen eingeteilt:

Zone 1: Abstandssignal $A > 3 \text{ m}$

Zone 2: Abstandssignal A zwischen 1 m und 3 m

Zone 3: Abstandssignal $A < 1 \text{ m}$

Des weiteren wird eine zeitliche Ableitung (\dot{A}) des Abstandssignals fortlaufend berechnet. Außerdem wird das Geschwindigkeitssignal (V) ausgewertet. Als Fahrzeuggeschwindigkeit wird dann entweder das Geschwindigkeitssignal (V) oder die zeitliche Ableitung (\dot{A}) verwendet. Je nach ermittelter Zone des Wertebereichs und aktueller Fahrzeuggeschwindigkeit (V bzw. \dot{A}) gibt das Steuergerät (10) unterschiedliche Betätigungssignale (M, B) ab. Hierbei kann der Fahrer durch Betätigung des Bremswertgebers (14) jederzeit eine stärkere Abbremsung anfordern.

Bei Vorliegen eines Abstandswertes der Zone 1, d. h. also auch bei beliebig großen Abstandswerten, wird die Antriebskraft des Antriebsmotors (17) reduziert und gegebenenfalls der Bremsaktuators (13) betätigt, derart, daß das Überschreiten eines vorbestimmten ersten Geschwindigkeitsgrenzwertes (V1) verhindert wird. Zusätzlich kann bereits zu diesem Zeitpunkt der Fahrer mittels eines akustischen oder optischen Signals gewarnt werden.

Bei Erreichen der Zone 2 wird das Fahrzeug bis zu einem zweiten vorbestimmten Geschwindigkeitsgrenzwert (V2) verzögert, der geringer ist als der erste Geschwindigkeitsgrenzwert (V1). Die Verzögerung kann z. B. nach einer vorgegebenen Zeitfunktion erfolgen. Es ist auch möglich, den zweiten Geschwindigkeitsgrenzwert (V2) in Abhängigkeit von dem Abstandssignal (A) zu variieren, z. B. nach einer Exponential- oder Hyperbelfunktion, um hierdurch eine gleichmäßige, ruckfreie Abbremsung zu erzielen.

Bei Erreichen der Zone 3 wird die Geschwindigkeit des Fahrzeuges weiter verringert, derart, daß das Fahrzeug kurz vor Berührung der Laderampe zum Stillstand gebracht wird, z. B. bei einem Abstand von 5 cm. Dies hat den Vorteil, daß Beschädigungen infolge von Vertikalbewegungen beim Be- und Entladen des Fahrzeuges vermieden werden. Es ist jedoch auch möglich, das Fahrzeug mit einer vorbestimmten Geschwindigkeit (V3), die sehr gering zu wählen ist, gegen die Laderampe fahren zu lassen.

In einer bevorzugten Ausgestaltung der Erfindung wird in unmittelbarer Nähe des Fahrzeuges an der Laderampe, d. h. insbesondere in den Zonen 2 und 3, die Bestimmung der Fahrzeuggeschwindigkeit durch die zeitliche Ableitung (\dot{A}) des Abstandssignals gestützt. Es ist auch möglich, als Fahrzeuggeschwindigkeit dann ausschließlich die zeitliche Ableitung (\dot{A}) des Abstandssignals zu verwenden.

Patentansprüche

1. Verfahren zur Unterstützung des Fahrers eines Fahrzeuges (1, 2) bei Rückwärtsfahrt, wobei ein den Abstand des Fahrzeughecks zu einem Hindernis (3) charakterisierendes Abstandssignal (A) ausgewertet wird, **dadurch gekennzeichnet**, daß in Abhängigkeit von

dem Abstandssignal (A) die Geschwindigkeit des Fahrzeuges (1, 2) automatisch beeinflußt wird.

2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Geschwindigkeit des Fahrzeuges (1, 2) automatisch auf den jeweiligen Werten des Abstandssignals (A) zugeordnete Geschwindigkeitswerte (V1, V2, V3) begrenzt wird.

3. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß zur Beeinflussung der Geschwindigkeit die Fahrzeugbremsanlage (13, 15) automatisch betätigt wird.

4. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß zur Beeinflussung der Geschwindigkeit der Antriebsmotor (17) des Fahrzeuges (1, 2) automatisch beeinflußt wird.

5. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß das Fahrzeug (1, 2) automatisch zum Stillstand gebracht wird, wenn das Abstandssignal (A) einen vorbestimmten Wert unterschreitet.

6. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß für die Beeinflussung der Geschwindigkeit des Fahrzeuges (1, 2) die zeitliche Änderung cm des Abstandssignals (A) berücksichtigt wird.

7. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß die Geschwindigkeit des Fahrzeuges (1, 2) aus der zeitlichen Änderung (\dot{A}) des Abstandssignals (A) bestimmt wird.

8. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß die automatische Beeinflussung der Geschwindigkeit des Fahrzeuges (1, 2) nur dann durchgeführt wird, wenn der Rückwärtsgang eingelegt ist.

9. Einrichtung zur Unterstützung des Fahrers eines Fahrzeuges (1, 2) bei Rückwärtsfahrt, mit einem Abstandssensor (6), welcher ein Abstandssignal (A) abgibt, das den Abstand (d) des Fahrzeughecks zu einem Hindernis (3) charakterisiert, einer Auswerteeinrichtung (10), der das Abstandssignal (A) zugeführt wird und die Auswertesignale (B, M) abgibt, gekennzeichnet durch ein Mittel zur Beeinflussung der Geschwindigkeit des Fahrzeuges (1, 2), insbesondere eine Fahrzeugbremsanlage (13, 15) und/oder eine Fahrzeugmotorsteuerung (17), dem die Auswertesignale (B bzw. M) der Auswerteeinrichtung (10) zugeführt werden, wobei die Auswertesignale (B, M) derart bestimmt werden, daß in Abhängigkeit von dem Abstandssignal (A) die Geschwindigkeit des Fahrzeuges (1, 2) automatisch beeinflußt wird.

10. Einrichtung nach Anspruch 9, dadurch gekennzeichnet, daß der Abstandssensor (6) im Bereich des Fahrzeughecks angeordnet ist.

11. Einrichtung nach Anspruch 10, dadurch gekennzeichnet, daß der Abstandssensor (6) in einer Ausnehmung (5) eines im Bereich des Fahrzeughecks angeordneten Rumpfpuffers (4) angeordnet ist.

12. Einrichtung nach einem der Ansprüche 9 bis 11, dadurch gekennzeichnet, daß die Auswerteeinrichtung (10) ein Teil einer elektrisch steuerbaren Bremsanlage (EBS) des Fahrzeuges (1, 2) ist.

13. Einrichtung nach einem der Ansprüche 9 bis 12, dadurch gekennzeichnet, daß als Abstandssensor (6) ein Ultraschallsensor, insbesondere ein schallfeldmodulierter Ultraschallsensor, eingesetzt wird.

14. Einrichtung nach einem der Ansprüche 9 bis 13, dadurch gekennzeichnet, daß der Auswerteeinrichtung (10) ein Rückwärtsfahrtsignal (R) von einem Fahr-

zeuggetriebe (16) zugeführt wird, wenn der Rückwärtsgang eingelegt ist, und daß die Auswertesignale (B, M) der Auswerteeinrichtung (10) nur bei Auftreten des Rückwärtsfahrtsignals (R) dem Mittel (13, 15, 17) zur Beeinflussung der Geschwindigkeit des Fahrzeuges (1, 2) zugeführt werden. 5

Hierzu 2 Seite(n) Zeichnungen

10

15

20

25

30

35

40

45

50

55

60

65

- Leerseite -

